
Sind wir 1945 befreit worden?

In den Diskussionen um den NATO-Krieg gegen Jugoslawien taucht immer wieder das Argument auf: Wir sind 1945 auch vom Nationalsozialismus befreit worden. Deshalb müssen wir auch anderen helfen. Berührt vom Leid der Menschen, das durch die Medien verbreitet wird, stimmen viele Menschen dem Natonkrieg gegen Jugoslawien zu. Doch welche Politik verfolgten die Westmächte wirklich im Zweiten Weltkrieg? War ihr Ziel etwa das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen? Die bürgerliche Propaganda, die heute die NATO-Ziele verdeckt, verschleiert auch die Wirklichkeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges.

Mit dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 in Rußland ist der Klassengegensatz weltpolitisch geworden. So war es schon in den Interventionskriegen Ziel der kapitalistischen Länder, die revolutionären Kräfte in Rußland nieder zu ringen. Dieses Ziel ist nie aufgegeben worden. In den zwanziger und dreißiger Jahren stand die Sowjetunion immer unter dem Druck industriell hochentwickelter Länder, mit Großbritannien an der Spitze.

Deshalb war es von höchstem Interesse der führenden kapitalistischen Länder, die Expansionsbestrebungen des nationalsozialistischen Deutschlands nach Osten gegen die Sowjetunion zu lenken. Aus diesem Grunde wurde 1935 der Bruch des Versailler Vertrages hingenommen, als Deutschland die Wehrpflicht einführte, die Wehrmacht sofort auf 300.000 Mann brachte und ein Flottenprogramm aufsetzte. Hingenommen wurde 1936 der Einmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands, in der die deutsche Waffenschmiede saß. Nach Osten gelenkt wurde der deutsche Expansionsdrang mit der Hinnahme der Angliederung Österreichs und des Sudetenlandes. Hitler hatte bereits 1936 in seinem Vierjahresplan gefordert, Deutschland müsse sich wirtschaftlich und militärisch auf einen Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten, da die Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialismus und Marxismus unvermeidlich sei. Die Sowjetunion konnte diesen Angriff Nazideutschlands nur durch einen Nichtangriffspakt hinauszögern, so daß Deutschland entgegen der Hoffnungen der Westmächte zuerst Krieg gegen sie in Westeuropa führte. Erst dieser Zweifrontenkrieg führte zur Allianz der kapitalistischen Westmächte mit der Sowjetunion.

Im Bewußtsein der Tatsache, daß sich in Deutschland nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg die proletarische Revolution entwickelt hatte, führten die Westmächte den Krieg gegen Deutschland mit dem Ziel der bedingungslosen Kapitulation. So sollten revolutionären Kräften in Deutschland die Entfaltungsmöglichkeiten genommen werden. Deutschland sollte als Staat für mehrere Jahre verschwinden. Denn ein sozialistischer deutscher Staat wäre für den kapitalistischen Westen unannehmbar gewesen. (Mit dem Faschismus war auch der Kapitalismus in Deutschland diskreditiert:

Die CDU mußte dieser Tatsache in ihrem Ahlener Programm Rechnung tragen. Der Sozialdemokrat Kurt Schumacher tat es mit seinem Wortradikalismus.) Dem Kriegsziel bedingungslose Kapitulation mußte sich die Sowjetunion aus eigener Schwäche unterordnen, wollte sie die entstandene Anti-Hitler-Koalition nicht brechen.

Dadurch, daß die deutsche Arbeiterklasse keinen realen Beitrag zur Niederringung des Nationalsozialismus geleistet hatte, verkannten auch klassenbewußte Menschen den Klassencharakter der Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte und boten ihnen ihre Mitarbeit an. Doch was war das für eine Befreiung? Die realen Auswirkungen zeigten sich dann u.a. darin, daß die bewaffneten Aufständischen im KZ Buchenwald von den amerikanischen Truppen nicht als Verbündete angesehen, sondern sofort entwaffnet wurden. Organisationen der Arbeiterbewegung durften nur mit Genehmigung der Siegermächte entstehen. Eigenständige Aktivitäten wurde unterbunden. In Bremen wurde zum Beispiel die Arbeit der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus erheblich behindert. Lizenzen für die Gründung von Gewerkschaften wurden nur an genehme ehemalige Funktionäre der alten Gewerkschaften, die vor den Nazis kapituliert hatten, vergeben.

Mit dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland wurde für die Westmächte der aggressivste kapitalistische Konkurrent niedergedrungen. Damit stand der Weltgegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus wieder im Vordergrund. Die USA als nun führende kapitalistische Weltmacht, brauchte in diesem Gegensatz ein kapitalistisches Westdeutschland, das deshalb wieder restauriert wurde. Kleine Nazis hatten die Siegermächte 1945 erfaßt und »entnazifiziert«. Die Unternehmer, wie Krupp, die Hitler finanziert hatten, erhielten nun ihre Unternehmen zurück. Sie wurden gebraucht, ebenso wie »Fachleute«, ehemalige aktive Nazis, die nun wieder Ministerämter bekleiden konnten. Der Schoß, aus dem der Faschismus gekrochen war, wurde wieder fruchtbar gemacht.

Für die Zwangsarbeiter und die Insassen der Konzentrationslager bedeutete der Sieg der Alliierten ihre Befreiung. Das war jedoch nicht das Kriegsziel der Westmächte gewesen. Nach wenigen Jahren wurden die ehemaligen KZ-Häftlinge dann auch diskriminiert. Wiedergutmachungen zu erreichen, wurde immer schwieriger. Ganz abgesehen davon, daß die Millionen ausländischer Zwangsarbeiter leer ausgingen.

Der Kern der 1945 gegebenen »Freiheit« ist heute deutlicher denn je: Die Unternehmer haben die Freiheit, Millionen von Arbeitslosen auf die Straße zu setzen, die Löhne zu drücken, Menschen zu entsolidarisieren und gegeneinander zu stellen, die Ausbeutung durch Rationalisierungsmaßnahmen zu verstärken und dadurch und durch die Umweltverschmutzungen die Gesundheit der Menschen zu ruinieren. Dafür darf Deutschland als Vasall der USA an Kriegszügen zur Beherrschung der Welt durch die kapitalistischen Staaten teilnehmen.

25. Mai 1999 ■

griffe als Propaganda hinzustellen, sind gescheitert. Ein Fall nach dem anderen mußte eingeräumt werden. Mal waren es 40 Tote in einem bombardierten Bus, mal 30 Tote in einem von Bomben getroffenen Zug, mal 79 Tote bei der Bombardierung eines Dorfes. Allein die mittlerweile von seiten der

NATO eingeräumten »Kollateralschäden« belaufen sich auf über 250 tote Zivilisten. Die von der jugoslawischen Regierung genannte Zahl von über tausend zivilen Opfern dürfte daher allenfalls untertrieben sein. Vor allem der massive Einsatz der von der UNO geächteten Splitterbomben, die bei